

Sektion Soziale Probleme und soziale Kontrolle



Axel Groenemeyer (Sektionssprecher)
TU Dortmund, Emil-Figge-Str. 50
44227 Dortmund
axel.groenemeyer@uni-dortmund.de

Mechthild Bereswill [bereswill@uni-kassel.de]
Christine Burmeister [christine.burmeister@tu-dortmund.de]
Birgit Menzel [birgit.menzel@haw-hamburg.de]
Helge Peters [helge.peters@uni-oldenburg.de]
Karl-Heinz Reuband [reuband@phil-fak.uni-duesseldorf.de]
Elisabeth Wacker [elisabeth.wacker@tum.de]
Bernd Werse [werse@cdr-uni-frankfurt.de]
Günter Albrecht (Ehrenmitglied des Vorstandes)

Mitteilungen Nr. 2/2016

Juli 2016

Inhalt

1. **Stellungnahme der DGS zur Situation der Wissenschaften in der Türkei**
2. **Soziologiekongress 2016**
3. **Stellenausschreibungen**
4. **Calls for Papers**
5. **Tagungsankündigungen**
6. **Neue Veröffentlichungen**
7. **Zeitschrift Soziale Probleme**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Beunruhigende Nachrichten gibt es leider in letzter Zeit viel zu häufig. Die folgende geht auch direkt und unmittelbar die Soziologie an, und dies nicht nur als Forschungsobjekt: „*Wenn sich die Lage weiter verschlechtert und die Hexenjagd gegen jegliche Opposition in der Türkei weitergeht, dann wird es eine Flüchtlingsbewegung Richtung Europa geben*“, sagte der stellvertretende Geschäftsführer von Pro Asyl, Bernd Mesovic der Neuen Osnabrücker Zeitung.

Soziologie im Exil ist ein Thema, das die historische Soziologie bereits in vielfältiger Form und mit einem beachtlichen Output gewidmet hat; selbstverständlich ging es dabei immer um deutsche Soziologen im Exil, die 1933-1945 in den USA, der Schweiz oder Großbritannien Aufnahme gefunden hatten. Nun ist dieses Thema auf einmal ganz aktuell und könnte möglicherweise plötzlich ganz praktisch werden. Nicht, weil die wissenschaftlichen Freiheiten für Soziologien und Soziologinnen in Deutschland bedroht sind, sondern weil türkische Sozialwissenschaftlerinnen, Soziologen und Intellektuelle aus Deutschland der Soli-

darität und möglicherweise in nächster Zeit auch der ganz konkreten Hilfe bedürfen.

Neben vielfältigen informellen Arbeits- und Freundschaftsbeziehungen zu Kollegen und Kolleginnen haben viele Institute, Fakultäten und Universitäten in Deutschland Kooperationen, Kooperationsverträge und gemeinsame Projekte mit Instituten und Fakultäten in der Türkei. Der Vorstand der DGS hat nun eine Stellungnahme veröffentlicht, in der die türkische Regierung an die Bedeutung wissenschaftlicher Autonomie und Freiheit erinnert wird. Es ist verständlich, dass konkrete Ideen und Pläne der Hilfe für Kolleginnen und Kollegen in der Türkei von Kolleginnen, Kollegen in Instituten und Universitäten in Deutschland gegenwärtig nicht unbedingt öffentlich verhandelt werden sollten, ich persönlich hoffe aber, dass es sie auch tatsächlich gibt – über die Veröffentlichung von Resolutionen hinaus (siehe den Link unter Punkt 1.).

In diesem Sinne, beste Grüße

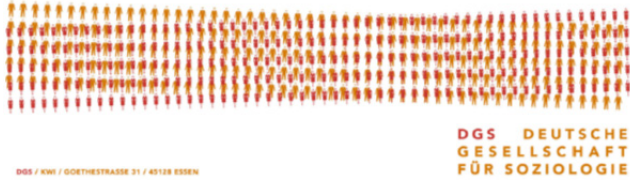
Axel Groenemeyer

PS (da capo con repetitione): Im Herbst werden auf alle Fälle wieder Wahlen für den Vorstand der Sektion stattfinden. Ich wäre sehr dankbar, wenn sich bei mir Kandidatinnen und Kandidaten melden würden – Selbstbewerbungen sind ausdrücklich erwünscht. Außerdem wird eine neuer Sprecherin oder ein Sprecher der Sektion gesucht.

PPS (sozusagen in eigener Sache):

Ich habe zwei Stellen als wiss. Mitarbeiterin / wiss. Mitarbeiter zu besetzen (zum Wintersemester). Siehe Punkt 3.

1. Stellungnahme der DGS zur Situation der Wissenschaften in der Türkei



Following the coup attempt in Turkey on July, 18th 2016, the education sector, including the higher education sector, has been targeted by the Erdogan regime, as many other public sectors.

According to press reports, 15.200 education staff have been suspended, while the Higher Education Council (YÖK) has ordered the demission of all Deans (over 1.500 in numbers) from both Turkey's Public and foundation universities. We are shocked by the news (July, 20th) reporting that all Turkish academics are banned from going abroad. The DGS strongly and unconditionally condemns these actions against universities and university staff, and expresses its support for and solidarity with the higher education community in Turkey at this time.

While there has been global and unanimous support for the democratically elected government of Turkey in reaction to the military coup, more than ever the country needs constitutional and political guarantees for academic freedom and an open public debate, as advocated by its strong university sector.

The DGS calls on all universities and scholars to speak out against the current developments and to support democracy in Turkey, including institutional autonomy and academic freedom for scholars and students.

Munich, July 2011th 2016

Prof. Dr. Stephan Lessenich
President

Prof. Dr. Paula-Irene Villa
(Commissioner International Affairs)

Weitere Informationen und Links:

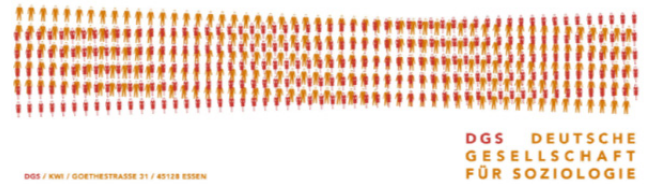
[\[http://www.sozioologie.de/de/aktuell/start.html\]](http://www.sozioologie.de/de/aktuell/start.html)

Als aktueller Bericht: WAZ vom 22.7.2016:

[\[http://www.derwesten.de/politik/wie-nrw-unis-von-erdogans-jagd-auf-akademiker-betroffen-sind-id12029320.html\]](http://www.derwesten.de/politik/wie-nrw-unis-von-erdogans-jagd-auf-akademiker-betroffen-sind-id12029320.html)



2. Soziologiekongress 2016



Der 38. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) findet vom 26. bis 30. September 2016 in Bamberg unter dem Generaltitel „Geschlossene Gesellschaften“ statt. Im Letzten Rundbrief wurde dazu das Themenpapier verbreitet. Der Text und alle weiteren Informationen zum Kongress können auf der Homepage des Kongresses [\[http://kongress2016.sozioologie.de/\]](http://kongress2016.sozioologie.de/) eingesehen werden, das vollständige Kongressprogramm unter: [\[https://www.conftool.pro/dgs2016/sessions.php\]](https://www.conftool.pro/dgs2016/sessions.php).

Die Sektion „**Soziale Probleme und soziale Kontrolle**“ führt auf dem Soziologiekongress zwei Veranstaltungen durch:

Die „Flüchtlingskrise“ Zivilgesellschaftliche Akteure in der Problematisierung und Bearbeitung öffentlicher Probleme

Dienstag, den 27.09.2016

14-17.00

Albert Scherr

Vier Formen der Abkühlung moralischer Empörung. Ein Beitrag zur Analyse politischer Reaktionen auf zivilgesellschaftliche Proteste in der Krise des Flüchtlingsschutzes

Kritik, Protest und Widerstand aus der Zivilgesellschaft gegen die gegenwärtige Flüchtlingspolitik reagieren auf den Widerspruch zwischen der staatlichen Beanspruchung der Menschenrechte als Wertegrundlage einerseits, einer politischen Praxis andererseits, die auf die Abwehr von Flüchtlingen an den Außengrenzen, zunehmend restriktive rechtliche Festlegungen für die Anerkennung von Flüchtlingen sowie eine forcierte Praxis der erzwungenen Ausreise gekennzeichnet ist.

Diesbezüglich ist zu beobachten, dass die moralische Legitimität von Kritik und Protest politisch und medial nicht bestritten wird und angesichts der dramatischen Situation von Flüchtenden auch nicht bestritten werden kann, ohne eine offene Entmoralisierung des eigenen politischen Selbstverständnisses vorzunehmen. Gleichzeitig aber folgt staatliche Politik dem Grundsatz eines Primats nationalgesellschaftlich gefasster Interessen und kann den Forderungen der zivilgesellschaftlichen Kritik auch deshalb nicht entsprechen, weil diese unter den gegebenen politischen Machtverhältnissen nicht durchsetzungsfähig sind.

In dieser Situation gewinnen politische Reaktionen an Bedeutung, die im Effekt zu einer Kanalisierung bzw. Abkühlung der moralischen Empörung beitragen, die zivilgesellschaftlichen Pro-

test motiviert. Im Vortrag sollen diesbezüglich vier Formen aufgezeigt werden:

- Erstens die absichtsvolle Aushebelung zivilgesellschaftlicher Formen der Solidarisierung mit Flüchtlingen und des Widerstands gegen Abschiebungen auf der Grundlage der Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „AG-Rück“ durch die Asylpakete I und II;
- zweitens die diskursive Aufspaltung in legitime und illegitime Flüchtlinge durch die Gesetzgebung über die sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ in Verbindung mit einer offensiven Wendung der Abschiebep Praxis;
- drittens die rechtspositivistische „Legitimation durch Verfahren“ durch den Verweis auf Einzelfallentscheidungen des BAMF und der Verwaltungsgerichte.
- viertens der Versuch Unsichtbarmachung der Notsituation von Flüchtenden durch Externalisierung der Flüchtlingsabwehr, d. h. durch den Versuch, den Zugang zu den Außengrenzen der EU und zum Mittelmeer durch internationale Abkommen zu verhindern; dies auch mit der Folge, dass soziale Distanz erzeugt und mediale Beobachtung erschwert wird.

Katharina Crepaz

Dividing Lines: Zivilgesellschaftliche Akteure als Wegbereiter gesellschaftspolitischer Bruchlinien im Rahmen der ‚Flüchtlingskrise‘

Die Unfähigkeit oder auch Unwilligkeit der EU, in der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ eine gemeinsame europäische Vorgehensweise zu finden, muss als Scheitern der europäischen Führungsebene angesehen werden. Das durch die Ermangelung einer europäischen Strategie zum Thema Flüchtlinge entstandene Vakuum barg Potential für politischen Diskurs, aber auch für direktes Eingreifen, und wurde von Akteuren der Zivilgesellschaft genutzt, um die Debatte nach ihren Vorstellungen zu prägen. Dabei offenbarte sich eine tief greifende Uneinigkeit der deutschen Gesellschaft hinsichtlich der Migrations- und Flüchtlings-Cleavage, welche sich auch im Auftreten zivilgesellschaftlicher Akteure und Organisationen widerspiegelte: Einerseits war der Sommer 2015 von der „Willkommenskultur“ geprägt, die viele bisher nicht politisch aktive Bürger_innen dazu veranlasste, freiwillige Hilfe an den Bahnhöfen zu leisten; viele Bürger_innen engagieren sich weiterhin, z.B. als Rechtsbeistand oder als Deutschlehrer_innen. Andererseits verzeichnen die Märsche von PEGIDA wieder Zuwachs, es kommt zu Demonstrationen und Gewaltakten gegen Unterkünfte für Flüchtlinge, und das starke Protestwählerpotential schlägt sich in Folge auch in den Wahlergebnissen (Erfolge der AfD in mehreren Ländern) nieder. Sowohl Pro- als auch Anti-Migrationsakteure der Zivilgesellschaft lenken dabei Aufmerksamkeit auf Fragen, die starke gesellschaftspolitische Bruchlinien darstellen und bei denen eine Anordnung an einer Seite des Spektrums wahrscheinlich bzw. die Ablehnung der anderen Meinung als identitätsstiftendes „wir“ gegen „sie“ notwendig ist. Mein Beitrag soll analysieren, mit welchen Ansätzen, Diskursen und über welche Medien (traditionelle Medien als „Lügenpresse“ für rechtsgerichtete Akteure, beidseitiges Mobilisierungspotential via Facebook und andere soziale Netzwerke) die Verstärkung dieser Cleavages erfolgt, und in wie weit diese die bereits vorhandene Spaltung der Gesellschaft zum Thema ‚Flüchtlingskrise‘ weiter beeinflusst und verstärkt haben. Zudem soll die Wechselwirkung zivilgesellschaftlicher Diskurse und politischer Herangehensweisen zum Flüchtlingsthema genauer betrachtet werden.

Patricia Schütte-Bestek – Michaela Wendekamm – Andreas Pudlat

Eruption eines Dauerbrenners!? Zur Neuentdeckung von Flucht und Migration als Paradigma ziviler Sicherheit

Seit den Anschlägen in Paris, Istanbul und Brüssel ist in Deutschland im öffentlichen Diskurs die von den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) seit langem als „abstrakte Gefahr“ eingestufte Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus als reales europäisches Problem neu begriffen worden. Spätestens dadurch wurde die von rechtspopulistischen Kreisen geäußerte Kritik an „offenen Grenzen“ auch in breiteren Bevölkerungsschichten anschlussfähig. Meinungsbilder über Flüchtlinge vermischen sich mit Viktimisierungsgängsten hinsichtlich terroristischer Taten, aber auch allgemeiner Kriminalität, und beklagen einen vermeintlichen Verlust sozialer Kontrolle. Das belegen Ereignisse und mediale Folgen der Silvesternacht. Migrationspolitik rückt so noch stärker in den Fokus von sicherheitsbezogener Innenpolitik und intensiviert die Herausforderungen für das Selbst- und Fremd(en)bild von BOS, u.a. der Bundespolizei. Migration als Risiko erhält im Bereich der zivilen Sicherheit damit mehr Aufmerksamkeit denn je, das mit drastischen Gefährdungen des modernen gesellschaftlichen Lebens in einen Zusammenhang gebracht und auf die „Verwundbarkeit der Gegenwartsgesellschaft“ reduziert wird. Was als qualitativ neu erscheint, ist indes ein Paradigma der zivilen Sicherheit, das mind. ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Der Vortrag wird daher in Synthese von Expertise verschiedener Wissenschaften aktuelle öffentliche und mediale Diskurse in einen größeren Zusammenhang einordnen. Anknüpfend an den „langen Weg zum Schengen-Raum“ und die damit auch verbundenen Diskussionen zu Migration, deren Intensivierung durch massiv steigende Asylbegehren und rechtsextreme Straftaten zu Beginn der 1990er Jahre sowie die qualitativ neue Bedrohungslage nach „9/11“ ordnet der Beitrag die Problematisierung und Bearbeitung gegenwärtiger Herausforderung in die aktuellen Topoi einer „Sicherheitsproduktion zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft“ ein. Akteure der zivilen Sicherheit – insbesondere BOS mit ihren jeweiligen organisationalen Logiken und Identitäten – nehmen dabei die zentrale Rolle ein: Sie beeinflussen die aktuellen Diskurse maßgeblich, sind aber vice versa auch Adressaten darin formulierter Forderungen. In jedem Fall tragen sie zu einer Problematisierung der Flüchtlingssituation bei, was der Vortrag auf Basis empirischer Daten aus Medienanalysen und Interviews zeigt.

Fabian Beckmann – Fabian Hoose – Anna-Lena Schönauer

Einstellungen zum sozialen Engagement in der Flüchtlingshilfe – Empirische Befunde aus einem urbanen Ballungsraum

In der aktuellen politischen und öffentlichen Diskussion ist die „Flüchtlingskrise“ das bestimmende Thema. Wurde noch im Spätsommer 2015 die einzigartige Willkommenskultur und Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge in der deutschen Bevölkerung gelobt, mehren sich spätestens seit Beginn des Jahres 2016 auch kritische, mitunter offen rassistische Stimmen. Gleichzeitig offenbart die aktuelle Flüchtlingssituation exemplarisch die Bedeutung sozialen Engagements für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen in Deutschland. Wenngleich es bereits erste wissenschaftliche Untersuchungen zum Umfang des sozialen Engagements für Flüchtlinge gibt, ist über die generellen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung zum sozialen Engagement für Flüchtlinge und die Frage, ob sich angesichts des gesellschaftlichen Stimmungsumschwungs auch vermehrt nega-

tive Einstellungen gegenüber freiwilliger Hilfe für Flüchtlinge ausbreiten, nur wenig bekannt.

Der Vortrag setzt an der dieser Stelle an. Auf Basis einer quantitativen Studie im Ruhrgebiet werden die Einstellungen zum sozialen Engagement in der Flüchtlingshilfe in einem sozialstrukturell und ethnisch vielfältigen urbanen Ballungsraum mit mehr als fünf Millionen Einwohnern untersucht. Die zentrale forschungsleitende Fragestellung lautet hierbei: Welche Einstellungen zum sozialen Engagement in der Flüchtlingshilfe lassen sich in der Bevölkerung beobachten und wird das soziale Engagement für Flüchtlinge negativer beurteilt als das soziale Engagement in anderen Feldern?

Als konzeptioneller Rahmen für die Untersuchung dient das Einstellungskonzept nach Roller. Im Rahmen der hier präsentierten Untersuchung wird das dreidimensionale Untersuchungskonzept (Ziele, Mittel, Folgen) um eine weitere Dimension (Umwelt) erweitert. Mit einem derartigen konzeptionellen Zugriff können die Einstellungen zum sozialen Engagement hinsichtlich verschiedener Kategorien analysiert werden. Ein wesentliches Ziel der Untersuchung besteht darin, zentrale Faktoren herauszuarbeiten, die einen Einfluss auf die Einstellungen zum sozialen Engagement in der Flüchtlingshilfe ausüben. Neben soziodemografischen, sozioökonomischen und sozialstrukturellen Einflussfaktoren wird hierbei auch die Frage beleuchtet, ob sich die Einstellungen von freiwillig sozial Engagierten signifikant von jenen der nicht Engagierten unterscheiden.

Leitung und Organisation

Christine Burmeister [\[christine.burmeister@tu-dortmund.de\]](mailto:christine.burmeister@tu-dortmund.de)

Axel Groenemeyer [\[axel.groenemeyer@tu-dortmund.de\]](mailto:axel.groenemeyer@tu-dortmund.de)



Bewältigung von Nichtanerkennung Modi von Ausgrenzung, Anerkennung und Zugehörigkeit

Mittwoch, den 28.09.2016

14-17.00

Gabriele Fischer

Anerkennung – Modus des Ausschlusses oder eigenmächtige Praxis der Selbstaufwertung?

Anerkennung beschreibt eine normative Voraussetzung für soziale Zugehörigkeit. Gleichzeitig lässt sich Anerkennung als Praxis verstehen, die innerhalb einer von sozialen Ungleichheiten geprägten Gesellschaft stattfindet, deren Hierarchien selbst durch Anerkennungsprozesse hergestellt und reproduziert werden. Es stellt sich also die Frage: Ist Anerkennung ein Modus des Ausschlusses oder ein Modus der Überwindung des Ausschlusses?

Dieser Frage wird sowohl theoretisch als auch mit empirischen Analysen von individuellen Anerkennungspraktiken nachgegangen

gen und damit die Komplexität von Anerkennungsprozessen aufgezeigt. Der thematische Fokus liegt auf dem Zusammendenken von Arbeit (Erwerbs- und Reproduktionsarbeit), Berufs- und Geschlechterhierarchie. Folgende Aspekte werden beleuchtet:

Honneth konzipiert Anerkennung als normatives gesellschaftliches Ziel, woraus sich Nicht-Anerkennung bzw. Missachtung als defizitär ableiten lässt. Judith Butler fokussiert auf den Rahmen der Anerkennbarkeit und damit auf die Frage, was als mehr oder weniger anerkannt gilt. Für die theoretische Konzeption von Anerkennung wird relevant, ob Anerkennung binär oder als Kontinuum gedacht werden kann.

Im Beitrag wird vorgeschlagen, Anerkennung als soziale Praxis zu verstehen, die in gesellschaftlichen Hierarchien stattfindet. Über Anerkennungspraktiken wird dabei nicht nur eine gesellschaftliche Position des Individuums erzeugt, sondern es entstehen multiple Positionierungen. Das Bedürfnis nach Anerkennung ist damit mit komplexen Praktiken der Anerkennung und unterschiedlichen hierarchischen Positionierungen verbunden. Diese Komplexität soll auf der Ebene der Akteure verdeutlicht und vor diesem Hintergrund die Relevanz von Anerkennung für soziale Ein- oder Ausschlüsse diskutiert werden.

Anna Sarah Richter

„... Dass eben unsere Lebensleistung nicht in dem Sinne anerkannt wird“. Zum subjektiven Umgang mit Nicht-Anerkennung

„Nein, man kann nicht alles, was heute an Deutschland nervt, auf den lähmenden Einfluss der xenophoben, deutschnationalen, provinziellen, für immer bolschewisierten Duckmäuserossis zurückführen. Aber vieles, sehr vieles.“ Dieses Zitat, das immerhin in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlichte wurde, veranschaulicht exemplarisch die diskursive Abwertung Ostdeutschlands und der hier lebenden Menschen seit dem Ende der DDR. Wie gehen Menschen damit um, wenn sie nicht nur mit dieser, sondern zugleich mit anderen Abwertungen konfrontiert sind – etwa als Frauen und alte Menschen?

Vorgestellt werden Ergebnisse eines eben abgeschlossenen Forschungsprojekts, das dieser Frage aus einer intersektionalitäts- und anerkennungstheoretischen Perspektive auf der Basis biographischer Interviews nachgeht. Untersucht wird, wie ältere Frauen aus Ostdeutschland mit abwertenden Zuschreibungen und ausgrenzenden Strukturen umgehen. In dem Beitrag wird gezeigt, welche Selbstdeutungen sich in den biographischen Erzählungen rekonstruieren lassen, inwiefern diese durch Annahme, Umdeutung oder Zurückweisung abwertender gesellschaftlicher Zuschreibungen gekennzeichnet sind, und welche Bedeutung kategoriale Überlagerungen und Verwobenheiten für den subjektiven Umgang mit Abwertungen haben. Auf der Basis der empirischen Ergebnisse können sodann Ertrag, aber auch mögliche theoretische Fallstricke der Verbindung von intersektionalen und anerkennungstheoretischen Ansätzen diskutiert werden.

Dagmar Hoffmann

(Self-)Empowerment, Stigma-Management und Medienpraktiken im Netz – Mikrostudien zum Bemühen um Anerkennung marginalisierter Individuen und Gruppen

Der Beitrag beschäftigt sich – ausgehend von Konzepten der Selbst-Bildung, Empowerment-Ansätzen und der interaktionistischen Stigma-Theorie – mit ausgewählten Formen des individuellen und kollektiven Aufbegehrens sozial benachteiligter Indivi-

duen und Gruppen und der dazugehörigen Resonanz. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen Prozesse von Selbstbemächtigung sowie die Strategien des Bemühens um Anerkennung mit dem Ziel des Anerkanntwerdens, die über die Infrastrukturen und Dienste des Netzes möglich werden und die unter bestimmten Voraussetzungen die Kritikfähigkeit und Handlungsautonomie des Subjekts stärken (können). Es lässt sich seit geraumer Zeit beobachten, dass sich Angehörige verschiedener Randgruppen über Blogs, dem Microbloggingdienst Twitter respektive soziale Online-Netzwerke zunehmend über soziale Benachteiligung, Diskreditierung und Diskriminierung empören, ihre Bedürfnisse nach sozialer Akzeptanz und Achtung artikulieren und ihrem Unmut in vielfältiger Form Ausdruck verleihen. Kritik und Protest werden dabei sowohl zielgerichtet an Verursacher und Verantwortliche als auch an ein unspezifisches Publikum adressiert.

Im Fokus des Interesses stehen Menschen mit Autismusspektrumsstörung, die über sich und ihre Diagnose aufklären und sich dabei zugleich anlassbezogen öffentlich gegen Ausgrenzung, Klischees, Vorurteile sowie (Medien-)Stigmata wehren. Vorge stellt werden die Ergebnisse einer interaktionsethnografischen Mikrostudie. Ausgehend von dem Referenzaccount einer Asperger-Autistin sind knapp 900 Einträge bei Twitter und über 200 Blogposts, die im Zeitraum von 2010 bis 2013 veröffentlicht worden sind, inhaltsanalytisch ausgewertet und ihre sozialen Netze kartografiert worden. Erste Ergebnisse verweisen auf die prädestinierten Affordanzen der genutzten Kanäle und Dienste für dieses Klientel, das sich besonderer Anerkennungspraktiken bedient und vor allem darüber eine offensive Stigmabewältigung vornimmt. Die Analysen der Interaktionen veranschaulichen das (Self-)Empowerment der Marginalisierten und ihr quasi-anwaltschaftliches Bestreben, Gegen-Narrative im hegemonialen Mediendiskurs zu entwickeln und zu verbreiten, um eine (weitere) Beschädigung ihrer Identität abzuwenden.

Marliese Weißmann

Anschluss im Ausschluss: Modi der Zugehörigkeitsherstellung von Erwerbslosen

Erfahrungen der Ausschließung werden bei Erwerbslosen häufig in einer Perspektive betrachtet, nach der Ausschluss von außen zustößt und die Akteure als passiv-erleidend und handlungs ohnmächtig erscheinen lässt. Im vorgeschlagenen Beitrag wird hingegen die Perspektive auf die Subjekte und ihre Anstrengungen gerichtet, sich gleichwohl der sozialen Ausgrenzungs- und Nicht-Anerkennungserfahrungen innerhalb der Gesellschaft zu verorten und Zugehörigkeit herzustellen. Am Beispiel von Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen wird untersucht, wie Subjekte, die sich seit langem in einer stark von Pflichten und Fremdbestimmung gekennzeichneten Grundsicherung für Arbeitssuchende befinden, soziale Zugehörigkeit generieren bzw. einfordern. Welche Deutungen und Praktiken setzen sie den Exklusionserfahrungen entgegen?

Der Vortrag stellt typische subjektive Wege der Zugehörigkeitsherstellung vor, die ich Modi der Inklusion nenne. Die Typologie beruht auf Auswertungen biographisch-narrativer Interviews, die im Rahmen des DFG-Projekts „Weltsichten in prekären Lebenslagen“ erhoben und in Anlehnung an die Objektive Hermeneutik und die Grounded Theory durchgeführt wurden. Die Ergebnisse verdeutlichen ein weites und kontrastreiches Spektrum an subjektiven Inklusionsleistungen. Während manche Erwerbslose versuchen unter Beweis zu stellen, dass sie in vieler Hinsicht – etwa in ihrem äußeren Erscheinungsbild – nicht anders als andere, also ‚normal‘ sind, betonen andere ihre Besonderheit,

z.B. durch ihre sozialen Kontakte. Die Inklusionsanstrengungen können ebenso in Kämpfen gegen das „System“ münden, wenn die Akteure in extreme Ein- und Ausschlussdynamiken geraten. Die Akteure fühlen sich als Teil eines Opferkollektivs und sehen ihre besondere Rolle darin, das „System“ zu bekämpfen, das sie als Ursache für ihre soziale Lage und die Ausgrenzungserfahrungen deuten. Diese Inklusionsleistungen machen sichtbar, dass die Zugehörigkeitsanstrengungen der Akteure in einer identitätstheoretischen Perspektive sich zwischen den Polen der Normalität und Besonderheit bewegen – es geht einerseits darum, so zu sein wie alle anderen und andererseits etwas Besonderes zu sein. Insgesamt zeigt der Beitrag auf, dass die Akteure zwar aktiv um Zugehörigkeit kämpfen, das zentrale Problem jedoch die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Zugehörigkeitsdeutungen und -praktiken ist: die Zugehörigkeit bleibt fragil.

Christine Wimbauer – Mona Motakef

Prekäre Anerkennung? Nicht-/Anerkennung im Lebenszusammenhang prekär Beschäftigter

Honneth unterscheidet drei Formen intersubjektiver Anerkennung: Liebe (soziale Nahbeziehungen), Recht und soziale Wertschätzung (System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung). Erst alle drei führen zu einer gelungenen Identität. Butler betont Ambivalenzen von Anerkennung, hinterfragt Normen der Anerkennbarkeit und nimmt die vorgängige Verletzbarkeit – precarioussness – des Subjekts an.

Wir stellen Ergebnisse des DFG-Projektes „Ungleiche Anerkennung? Arbeit und Liebe im Lebenszusammenhang prekär Beschäftigter“ vor. Befragt wurden acht prekär Beschäftigte ohne Paarbeziehung und sieben prekär beschäftigte Paare in narrativen Paar- und Einzelinterviews. Ausgehend von Honneths Theorie, die wir ungleichheits- und geschlechtersoziologisch erweitert haben, sowie von Butler fragen wir:

- Wofür finden die prekär beschäftigten Paare/Singles in der Erwerbssphäre und in Paar-/Nahbeziehungen Anerkennung, wofür nicht?
- Welche Bedeutung haben die verschiedenen Lebensbereiche und Nicht-/Anerkennung?
- Können Anerkennungsdefizite in der Erwerbssphäre durch Anerkennung in anderen Lebensbereichen, etwa durch Partner_in, Familie, Freunde oder anderes kompensiert werden – oder kumulieren Anerkennungsdefizite in multiplen Exklusionen?

Wie wir u.a. zeigen, sind Prekarisierungs- und Nichtanerkennungsprozesse in den verschiedenen Sphären nicht einseitig kausal, sondern wirken komplex im gesamten Lebenszusammenhang. Bei den Paaren kann Nichtanerkennung in der Erwerbssphäre in der familiären Sphäre teils ausgeglichen werden, teils aber – vergeschlechtlicht – auch zu Konflikten und Missachtung führen.

Bei den Singles kumulieren oft Ausschlüsse. Hinzu kommen oft psychische Belastungen, was sich zu Verlaufskurven bis hin zum sozialen Rückzug verdichten kann. Versuche der Kompensation fehlender Anerkennung mittels erwerbsarbeitsferner ‚Gegenwelten‘ sind teils selbstdestruktiv und desintegrativ. Manche Befragte aber verfügen über eine (biographisch bedingte) ‚Nichtanerkennungsresistenz‘ und können Sinn auch jenseits von Erwerbsarbeit und Familie generieren, was nur im Lebenszusammenhang zu verstehen ist.

Häufig aber verstärkt die erwerbsarbeitszentrierte gesellschaftliche Anerkennungsordnung und die nicht adäquate Berücksichti-

gung von Familie, Fürsorge und sog. ‚psychischen Krankheiten‘ mit Blick auf prekär Beschäftigte die Re-/Produktion ‚prekärer Anerkennung‘.

Leitung und Organisation

Mechthild Bereswill [bereswill@uni-kassel.de]

Claudia Equit [claudia.equit@tu-dortmund.de]



3. Stellenausschreibungen



Mit über 6.200 Beschäftigten in Forschung, Lehre und Verwaltung und ihrem einzigartigen Profil gestaltet die Technische Universität Dortmund Zukunftsperspektiven: Das Zusammenspiel von Ingenieur- und Naturwissenschaften, Gesellschafts- und Kulturwissenschaften treibt technologische Innovationen ebenso voran wie Erkenntnis- und Methodenfortschritt, von dem nicht nur die mehr als 33.550 Studierenden profitieren.

An der Technischen Universität Dortmund ist in der Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie und Soziologie im Institut für Sozialpädagogik, Erwachsenenbildung und Pädagogik der frühen Kindheit (ISEP) am Lehrstuhl von Prof. Dr. Axel Gröne-meyer zum nächstmöglichen Zeitpunkt zwei Stellen befristet zu besetzen.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin / Wissenschaftlicher Mitarbeiter

75% Anteil an der wöchentlichen Arbeitszeit und zusätzlich einer Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA) mit 25% der wöchentlichen Arbeitszeit

Die Vertragslaufzeit des wiss. Mitarbeiteranteils an der Stelle nach §44 HG wird dem Qualifizierungsziel angemessen gestaltet, zunächst bis zu drei Jahren. Die Vertragslaufzeit der Anstellung als Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA) endet am 30.09.2018.

Anforderungsprofil

Als Voraussetzung für die/den zukünftige/n Stelleninhaber/in erwarten wir:

- ein abgeschlossenes Studium der Erziehungswissenschaft oder Soziologie,
- fundierte Kenntnisse in den benannten Themenfeldern: „Soziale Probleme, Lebenslagen und Lebenslauf“, und „Theorie und Forschung in der Sozialen Arbeit“,
- Kenntnisse in Methoden empirischer Sozialforschung (insbesondere qualitative Forschung)
- Für den Anteil als Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA) sind zudem:
- eine erfolgreich abgeschlossene Promotion
- oder alternativ dazu eine mindestens dreijährige berufliche Tätigkeit nach dem Diplom-, Master-, oder ähnlichem Universitätsabschluss
- Erfahrung in der Lehrtätigkeit erforderlich

Neben der fachlichen Qualifikation werden Engagement, gute arbeitsorganisatorische Fähigkeiten sowie die Befähigung zur Arbeit im Team vorausgesetzt

Aufgabenbereich

Im Rahmen der erziehungswissenschaftlichen Hauptfachausbildung (Wahlpflichtfach Soziale Arbeit) und der Lehramtsausbildung für Sozialpädagogik wird die StelleninhaberIn/der Stelleninhaber der zu besetzenden Stelle Lehrveranstaltungen in den grundlegenden und weiterführenden Modulen durchführen.

Die Entgeltzahlung erfolgt entsprechend den tarifrechtlichen Regelungen bis/nach Entgeltgruppe 13 TV-L bzw. ggf. nach dem Übergangsrecht (TVÜ-L). Es handelt sich hierbei um eine Vollzeitstelle. Die Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Die Möglichkeit der wissenschaftlichen (Weiter-)Qualifikation ist gegeben.

- Lehre im Umfang von insgesamt 6,25 SWS (Teilzeit entsprechend anteilig) in den erziehungswissenschaftlichen BA-/MA-Studiengängen im Bereich der Sozialen Arbeit und im Lehramtsstudiengang Sozialpädagogik,
- Abnahme von Prüfungsleistungen in den genannten Studiengängen,
- Mitwirkung in Forschungsprojekten der Sozialen Arbeit,
- Beteiligung an der akademischen Selbstverwaltung.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Bewerbung geeigneter Schwerbehinderter erwünscht ist.

Bewerbungen mit aussagekräftigen Unterlagen senden Sie bitte unter Angabe der Referenznummer W44-16 **bis zum 17.8.2016** an:

Technische Universität Dortmund
Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie und Soziologie,
ISEP
Axel Groenemeyer, Emil-Figge-Str. 50, 44221 Dortmund
[\[axel.groenemeyer@tu-dortmund.de\]](mailto:axel.groenemeyer@tu-dortmund.de)

Rückfragen zur Stelle bitte an dieselbe Adresse.



An der Goethe-Universität Frankfurt am Main und an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen sind zum 01.01.2017 im

Graduiertenkolleg „Doing Transitions“

12 Promotionsstellen (E 13, 65 %-Teilzeit)

1 Postdoc-Stelle (E 13, ganztags)

zu besetzen. Die Promotionsstellen sind auf 3 Jahre befristet. Jeweils 6 Stellen sind in Frankfurt und Tübingen angesiedelt.

Die Postdoc-Stelle ist auf 4,5 Jahre befristet und ist sowohl in Frankfurt als auch in Tübingen verortet.

Das Graduiertenkolleg untersucht aus Perspektive der Erziehungswissenschaft, Soziologie und Psychologie sowie benachbarter sozialwissenschaftlicher Disziplinen wie Übergänge im Lebenslauf in verschiedenen Lebensaltern und auf unterschiedlichen Ebenen gestaltet und hergestellt werden. Eine ausführliche Darstellung des Graduiertenkollegs sowie genauere Hinweise für Bewerbungen finden sich auf [\[http://www.doingtransitions.org\]](http://www.doingtransitions.org).

Die Universitäten treten für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein und fordern deshalb nachdrücklich Frauen zur Bewerbung auf. Das Kolleg bietet Unterstützung bei der Vereinbarkeit mit der Familie. Menschen mit Schwerbehinderung werden bei gleicher Qualifikation vorrangig berücksichtigt. Für die Befristung der Verträge von Wissenschaftlichen Mitarbeitern sind die Regelungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes maßgeblich.

Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte per E-Mail **bis zum 31.08.2016** an [\[doingtransitions@uni-frankfurt.de\]](mailto:doingtransitions@uni-frankfurt.de).



4. Calls for Papers

BEWÄHRUNGSHILFE

Soziales · Strafrecht · Kriminalpolitik

ISSN 0405-6779 / 62. Jahrgang 2015 / Zitierweise: BewHi

**Schwerpunktheft
der Zeitschrift BEWÄHRUNGSHILFE zum Thema
„Drogen und Straffälligenhilfe“**

Call for Papers

Im Frühjahr 2017 wird sich ein Schwerpunktheft der Zeitschrift BEWÄHRUNGSHILFE mit dem Thema „Drogen und Straffälligenhilfe“ befassen. Das Heft soll möglichst vielfältige Aspekte dieses Themas beleuchten, vor allem aus den Perspektiven der Kriminologie, des Strafrechts, der Sozialen Arbeit und der Suchtforschung. Erwünscht sind sowohl Übersichtsarbeiten als auch solche zu aktuellen Einzelfragen. Neben wissenschaftlichen Arbeiten freut sich die Redaktion über Erfahrungsberichte aus der Praxis Sozialer Dienste.

In Betracht kommen z.B. folgende Themenbereiche:

- neue psychoaktive Substanzen und die Straffälligenhilfe,
- Wirkungen des Betäubungsmittelstrafrechts,
- ambulante und stationäre Drogentherapie als Alternative zur Haft,
- Suchtbehandlung im Maßregelvollzug,
- Suchtprävention im Justizvollzug,
- Übergänge suchtkranker Straffälliger in regionale Hilfestrukturen,
- Rückfall in den Drogenkonsum und Chancen der Legalbewährung.

Anfragen bitte an Axel Dessecker [adessec@gwdg.de] als für das Heft verantwortlichen Redakteur. Beiträge, die einen Umfang von 15 Druckseiten (45.000 Zeichen) nicht überschreiten sollten, erwarten wir **bis 31. August 2016**. Um Beachtung der Autorenhinweise wird gebeten. Die Beiträge werden nach Eingang begutachtet.



5. Tagungsankündigungen

**Interdisziplinäre Tagung
Utopisch Dystopisch –
Visionen einer „idealen“ Gesellschaft
am 07. und 08.10.2016
an der Universität Hildesheim**

Vor 500 Jahren, im Jahr 1516, verfasste Thomas Morus mit dem Buch „Utopia“ einen Entwurf einer „idealen“ Gesellschaft. Auf Grundlage rationaler Gleichheitsgrundsätze zwischen Frauen und Männern, einer täglichen Arbeitszeit von sechs Stunden, einer in der Freizeit nach Bildung strebenden Gesellschaft, die als oberste Prämisse gemeinwohlorientiert und vom Privateigentum befreit ist, leben die Utopier in Glückseligkeit, fernab vom Rest der Welt auf einer Insel. „Die Utopier sind ein gewandtes, witziges und kunstfertiges Volk. [...] Jeder einzelne [ist] gesetzeskundig. [...] Den Krieg verabscheuen die Utopier als etwas ganz Bestialisches.“ Und „nirgends ist das Volk tüchtiger, und nirgends ist der Staat glücklicher als in Utopien“ (Morus 2015, S. 50ff.). Eine vor 500 Jahren fantastische Sozialutopie, die in der gegenwärtigen Gesellschaft womöglich verwirklicht scheint, so dass manche heute von der besten aller denkbaren Welten sprechen, andere hingegen weiterhin auf gesellschaftliche Strukturunterschiede aufmerksam machen und in ihren Gesellschaftsvorstellungen neue Grenzen ausloten. So veröffentlichte u.a. die Hip-Hop-Formation K.I.Z. 2015 mit ihrem Song „Hurra die Welt geht unter“ ein Lied, in dem eine utopisch-apokalyptische Gesellschaftsvorstellung in Anlehnung an Morus weitergeführt und auf die deutsche Gesellschaft übertragen wird. Mit ihrem Song veröffentlichten sie einen weit rezipierten Charterfolg, der die Utopie eines noch glücklicheren Lebens in den Trümmern der alten Gesellschaftsordnung beinhaltet. Aber auch fatalistische Visionen einer neuen Welt(ordnung) mit negativem Ausgang haben spätestens seit 1868, als John Stuart Mill den Begriff der Dystopia einführte, Hochkonjunktur und finden momentan insbesondere in mehrteiligen Buchreihen und Verfilmungen ihren Niederschlag (Suzanne Collins: The Hunger Games, James Dashner: Maze Runner, Veronica Roth: Divergent u.a.).

Auf Grundlage einer gesellschaftspolitischen Status-quo Analyse möchten wir in dieser Tagung das wissenschaftliche und alltagsweltliche Verständnis von gesellschaftlicher Entwicklung, technischen Innovationen und politischer Ordnung auf den Prüfstand stellen. Wir möchten die Tagung zum Anlass nehmen, bestehende Utopien und Dystopien kritisch zu reflektieren und Entwürfe einer utopischen bzw. dystopischen Zukunft neu zu denken.

Die Tagung will kritische Rückblicke, Gegenwartsentwürfe und utopisch-dystopische Zukunftsentwürfe aus der Perspektive verschiedener Disziplinen thematisieren.

In Keynotes, Vorträgen, Werkstattgesprächen und Posterpräsentationen soll den Fragen nachgegangen werden, welche Innovationskraft bzw. welches Potential aus utopischen und dystopischen Gesellschaftsentwürfen hervorgeht; ob und inwieweit Utopien und Dystopien Zeugen von tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen oder Widerstandsmomenten gegen eine wahrgenommene und/oder ausgesprochene Alternativlosigkeit sind. Es soll thematisiert werden, welche nachhaltigen Lebensmodelle sich als Alternativen in Gesellschaft und Politik aus Utopien und Dystopien entwickelt haben; welche dieser Entwicklungen sich als Diffusion utopischer oder dystopischer Ideale in der Realität nachzeichnen lassen; welche neuen Zukunftsentwürfe sich auf der Grundlage aktueller gesellschaftspolitischer Diskurse entwickeln. Wir möchten darüber hinaus in Erfahrung bringen, inwiefern die Neukonzeptionen an Vorgänger anknüpfen und welche ordnungspolitischen Konsequenzen sich daraus ergeben.

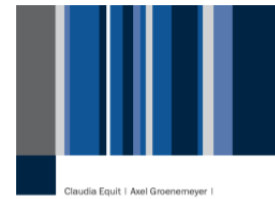
Den Zeitplan zur interdisziplinären Tagung "Utopisch Dystopisch" finden Sie [hier](#).

Inhaltliche Fragen senden Sie bitte an folgende Kontaktadresse: utopiauni-hildesheim.de

Das Vorbereitungsteam: Irene Leser & Jessica Schwarz (Institut für Sozialwissenschaften)



6. Neue Veröffentlichungen



Claudia Equit | Axel Groenemeyer |
Holger Schmidt (Hrsg.)

**Situationen
der Gewalt**

BELTZ JUVENTA

Claudia Equit/Axel Groenemeyer/Holger Schmidt (Hrsg.) Situationen der Gewalt

Das Buch zur gleichnamigen Sektionstagung auf dem Soziologiekongress 2014 in Trier ist im Druck und ist vom Verlag für Ende August 2016 angekündigt.

Inhalt

Claudia Equit – Axel Groenemeyer – Holger Schmidt
Vorwort

Theoretische Perspektiven auf Situationen der Gewalt

Randall Collins

Einfahrten und Ausfahrten des Tunnels der Gewalt. Mikrosoziologische Dynamiken der emotionalen Verstrickung in gewaltsame Interaktionen

Claudia Equit – Holger Schmidt

Theoretische Rahmung von (Gewalt-)Situationen. Implikationen für die Forschung

Axel Groenemeyer

Von Situationen der Gewalt zu Ordnungen der Gewalt

Helge Peters

Situationen der Gewalt unter definitionstheoretischer Perspektive

Konstruktionen und Deutungen von Gewaltsituationen in organisatorischen Kontexten

Ursula Unterkofler

Wo beginnt Gewalt? (Implizite) professionelle Setzungen zwischen Gewaltfreiheit Gewaltrelevanz und Gewalttätigkeit in Situationen offener Jugendarbeit

Maximilian Schäfer – Michael Dellwing

Gewalt zwischen den Bühnen – Ethnografische Rekonstruktionen körperlicher Konfliktsituationen

Frederike Lorenz – Meike Wittfeld

Wenn Kollegen und Kolleginnen gewalttätig werden – Gewalt denken, wahrnehmen, thematisieren

Heidrun Schulze – Dominik Mantey – Kathrin Witek

Sprache und Gewalt – Zu Mikropraktiken von Alltagsrassismus in der Beratung

Giulia Montanari – Javier Toscano

Deconstructing Violence – Zum Verständnis der strategischen Nutzung visueller Narrative während der WTO-Proteste 1999 in Seattle

Ordnungen und Rahmungen von Gewaltsituationen

Daniela Hunold

Polizei und Gewalt – Formen polizeilicher Zwangsanwendung

Andreas Braun

Zielgerichtete Gewalt zwischen Situation und Identität – School Shootings als identitätsbehauptende Gewaltsituation

Karina Fernandez

Die Bedeutung von Gewaltsituationen für die Reproduktion von Gruppenstrukturen im Kontext jugendlicher Obdachlosigkeit

Martin Neumann/Ulf Lotzmann

Eine Herrschaft des Terrors – Gewalteskalation in illegalen Organisationen

Dynamiken von Gewaltsituationen

Vincenz Leuschner

Gewaltsituationen bei Schulamokläufen

Christine Preiser

Gewalt im Alltag von Türstehern

Stephanie Moldenhauer – Judith von der Heyde

„Mehr Fußball – weniger Drama?“ – Zur sozialen Konstruktion von Gewalt im Kontext Fußball

Andre Armbruster

Soziale Unterstützung für Gewalt in Interaktionen – Situativ erzeugte Erwartungen zur Ermöglichung von Gewalt am Fall des Soweto-Aufstands 1976

Gewaltsituationen: Erfahrungen – Erleben – Erleiden

Andrea Pabst

Zur Analyse von Gewalt im Spannungsverhältnis von Verletzlichkeit und Verletzungsmacht

Yvette Völschow – Wiebke Janßen

„Das kann man gar nicht erklären“ – Partnergewalt im ländlichen Raum: Eine Analyse subjektiver Theorien über Gewalt

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren



7. Zeitschrift Soziale Probleme

Alle Jahrgänge von 1990-2015, die im Centaurus-Verlag erschienen sind, sind weiterhin vollständig als Open Access auf der Homepage der Zeitschrift zugänglich: [\[http://www.soziale-probleme.de\]](http://www.soziale-probleme.de).

Heft 1/2016 ist im Druck und sollte eigentlich innerhalb der nächsten Tage ausgeliefert werden.

Vereinzelt scheint es aber Probleme bei der Auslieferung der gedruckten Version der Hefte an die Abonnenten und Abonnentinnen gegeben zu haben. Falls Sie ihre Hefte für 2015 noch nicht bekommen haben (oder in spätestens vier Wochen Heft 1/2016 nicht eingegangen ist), wenden Sie sich bitte an Cori Mackrodt [CoriAntonia.Mackrodt@springer.com] (bitte mit CC, an Mechthild Bereswill), sie wird sich darum kümmern.



Inhalt Heft 1/2016

Wirksamkeitssteigerungen gesellschaftskritischer Diskurse <i>Thilo Hagendorff</i>	1
Fremdenfeindlichkeit, Straflust und Furcht vor Kriminalität <i>Helmut Hirtenlehner, Eva Groß, Julia Meinert</i>	17
Vertrauen in die Schweizer Polizei <i>Silvia Staubli</i>	49
Gewalt gegen Polizisten: Dramatischer Anstieg oder Veränderung aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen? <i>Karlhans Liebl</i>	75
Ein goldenes Zeitalter des Jugendstrafrechts? <i>Dirk Lampe</i>	95
Hegemonie von Männern? <i>Ulrike Krause</i>	119

Diejenigen, die über ihre Universitätsbibliothek kostenlosen Zugriff auf Springer-Link haben, können die Beiträge von Heft 1/2016 bereits jetzt lesen:

[\[http://link.springer.com/journal/41059/27/1\]](http://link.springer.com/journal/41059/27/1)